



22.407

**Parlamentarische Initiative**  
**Bauer Philippe.**  
**Verteilung der Radio- und**  
**Fernsehgebühren**

**Initiative parlementaire**  
**Bauer Philippe.**  
**Répartition de la redevance**  
**de radio-télévision**

*Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 23.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.12.25 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

22.417

**Parlamentarische Initiative**  
**Chassot Isabelle.**  
**Fördermassnahmen zugunsten**  
**der elektronischen Medien**

**Initiative parlementaire**  
**Chassot Isabelle.**  
**Mesures d'aide en faveur**  
**des médias électroniques**

*Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.06.25 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 23.09.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.12.25

*Antrag der Mehrheit*  
Eintreten

*Antrag der Minderheit*  
(Friedli Esther, Stark)  
Nichteintreten





*Proposition de la majorité*  
Entrer en matière

*Proposition de la minorité*  
(Friedli Esther, Stark)  
Ne pas entrer en matière

**Engler** Stefan (M-E, GR), für die Kommission: Beide parlamentarischen Initiativen verfolgen mit unterschiedlichem Ansatz das Ziel der Medienförderung. Sie nehmen damit auch punktuell Anliegen wieder auf, die Teil der grossen, vom Volk im Jahre 2022 abgelehnten Medienförderungsvorlage waren.

Das Grundanliegen wird von niemandem ernsthaft bestritten und hat sich auch nicht verändert: Unabhängigen und vielfältigen Medien soll geholfen werden, weil sie in der Schweiz eine wichtige demokratische Funktion erfüllen. Eine lebendige Demokratie lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger gut informiert sind. Nicht einig war man sich, als im Jahre 2022 darüber abgestimmt wurde, was die richtigen oder zweckmässigen Massnahmen seien; nicht einig war man sich über die Adressaten der Förderung und über das Preisetikett.

Die beiden mit den parlamentarischen Initiativen wieder aufgenommenen Anliegen standen – so beurteilt dies jedenfalls die Kommissionmehrheit – nicht im Zentrum der Kritik am Massnahmenpaket. Deshalb und weil sich die Ausgangslage mit schwindender Medienvielfalt, Lücken im qualitativen Informationsangebot und sinkenden Werbeeinnahmen nicht verbessert hatte, schafften die beiden parlamentarischen Initiativen die Kommissionshürden bis zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, und dieser liegt nunmehr vor.

Die unterbreiteten Anpassungen des Radio- und Fernsehgesetzes zielen darauf ab, in zwei Bereichen Verbesserungen zu erzielen. Erstens will die parlamentarische Initiative Chassot eine Stärkung der den Medien vorgelegerten Dienstleistungen, etwa im Bereich der Aus- und Weiterbildung, der Etablierung journalistischer Standards und der Aufarbeitung von Informationen durch Nachrichtenagenturen. Zweitens will die parlamentarische Initiative Bauer die Bandbreite für die Abgabenanteile für die lokalen und regionalen Radio- und Fernsehproduzenten mit Leistungsaufträgen anpassen.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen beider parlamentarischen Initiativen entsteht kein Mehrbedarf an allgemeinen Bundesmitteln. Sie werden ausschliesslich über die Abgabe für Radio und Fernsehen finanziert. Wenn die gesamte Bandbreite für die Unterstützung der lokalen und regionalen Radio- und Fernsehveranstalter ausgeschöpft würde, betrüge der Mehrbedarf für beide Förderungsgefässe 35 Millionen Franken.

Der Gesetzentwurf der Kommissionmehrheit stiess in der Vernehmlassung grossmehrheitlich auf Zustimmung. Vereinzelt Ablehnung und Vorbehalte wurden mit demokratie- und ordnungspolitischen Überlegungen begründet. Ihre KVF beantragt Ihnen also in der Mehrheit, auf die Vorlage einzutreten. Eine Kommissionsminderheit lehnt Eintreten ab. Bei einer Reihe von Bestimmungen steht der Mehrheit eine Minderheit gegenüber. Eine Minderheit will lediglich das Anliegen der parlamentarischen Initiative Bauer erfüllen und verlangt somit die Streichung sämtlicher allgemeinen Fördermassnahmen. Der Bundesrat unterstützt die Vorlage grundsätzlich und trägt bis auf zwei Korrekturen die Vorlage der Mehrheit mit, worauf in der Detailberatung zurückzukommen sein wird.

Zwei Worte noch zum Eintreten, nachdem Eintreten ja bestritten wird: Natürlich hat sich die Kommission mit der Frage auseinandergesetzt, ob es politisch angemessen ist, nach der Abstimmung über das Medienförderungspaket jetzt einen neuen Anlauf für eine Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes zu nehmen. In der Zwischenzeit sind allerdings auch schon mehr als drei Jahre ins Land gezogen.

Auch die Frage, in welchem Zusammenhang die SRG-Initiative "200 Franken sind genug!" mit den Revisions-themen steht, wurde bedacht. Die Kommissionmehrheit vertritt die Auffassung, dass Medienförderung, wenn überhaupt, nur in kleinen und für den Staatshaushalt möglichst neutralen Dosen verabreicht werden kann. Diese Vorlage stärkt die lokale und regionale Radio- und Fernsehproduktion und damit die Berichterstattung über Ereignisse und Themen, die sich vor der eigenen Haustüre abspielen. Das zweite Gefäss soll bessere Voraussetzungen für eine qualitativ gute Berichterstattung schaffen, indem es die Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten sowie den Zugang zu Informationen von Nachrichtenagenturen verbilligt.

Im Falle einer Annahme der SRG-Initiative müsste das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen angepasst werden, da die gesetzliche Bandbreite von 6 bis 8 Prozent für die Förderung der privaten Radio- und Fernsehveranstalter nicht mehr ausreichen würde, um, wie von der Initiative nämlich verlangt, mindestens den mit der Konzession versprochenen Betrag ausrichten zu können.

Noch ein Wort zur Verfassungsgrundlage der Vorlage: Sie stützt sich, soweit die Förderung Radio und Fernsehen und damit auch lokale und regionale Veranstalter betrifft, auf Artikel 93 der Bundesverfassung, "Radio und Fernsehen". Das betrifft die Bereitstellung und Zuweisung von Mitteln aus der Radio- und Fernsehabgabe



an die Veranstalter wie auch die Unterstützung allgemeiner Fördermassnahmen, die

AB 2025 S 463 / BO 2025 E 463

allerdings hauptsächlich Radio- und TV-Veranstaltern zugutekommen müssen.

Ich bitte Sie namens der Kommissionmehrheit somit, auf die Vorlage einzutreten und in der Detailberatung jeweils der Mehrheit zu folgen.

**Friedli Esther (V, SG):** Sie erinnern sich: Am 13. Februar 2022 sagte das Schweizer Stimmvolk mit 55 Prozent Nein zum Medienpaket. Was geschah dann in der darauffolgenden Session? Es gab verschiedene einzelne parlamentarische Initiativen, die die einzelnen Teile des vom Volk abgelehnten Medienpaketes wieder aufgenommen hatten. Einen ersten Teil, nämlich die Gesetzesgrundlage für die Subventionierung der Frühzustellung von Printmedien, haben wir in der letzten Session verabschiedet. Hierzu läuft aktuell die Referendumsfrist – wahrscheinlich werden wir dann im Herbst darüber abstimmen und uns auch noch einmal öffentlich darüber unterhalten.

Jetzt geht es hier aber um zwei andere Bereiche, die damals ebenfalls Teil des Medienpaketes waren. Wenn ich mich zurückerinnere, ging es damals immer wieder um die Frage, welche Teile umstritten und welche Teile weniger umstritten sind. Ein Teil, der sehr umstritten war und der ursprünglich auch Teil dieser Vorlage war, ist die Förderung der Online-Medien. Ich erinnere mich zurück: Diese Vorlage war jetzt drei Jahre in unserer Kommission, in der ersten Phase und dann in der zweiten Phase, und etwa vor einem Jahr, als wir diese Vorlage ausgearbeitet hatten, enthielt der Text dann den Begriff "Online-Medien". Es gab eine grosse Diskussion darüber – ich glaube, ich kann das jetzt sagen, ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen –, was Online-Medien sind, was mit Online-Medien gemeint ist und was da unterstützt wird. Es hat sich herausgestellt, dass dieser Begriff nach wie vor etwas unklar ist. Deshalb hat die Kommission dann auch beschlossen, diesen Teil nicht mehr weiterzuverfolgen, und Sie finden diesen Teil jetzt auch nicht mehr in der Vorlage. Das ist aus meiner Sicht schon mal etwas Positives. Ich sage auch, dass ich ursprünglich Nichteintreten beantragt habe, eben vor allem wegen dieses Bereichs der Online-Medien. Denn das war und ist nach wie vor unklar. Sind mit Online-Medien Radio und Fernsehen gemeint, ist damit das Online-Angebot gemeint? Sind es Schweizer News-Plattformen? Geht es bis hin zu Social Media? Ich glaube, da haben wir für die Zukunft noch Bedarf, etwas zu klären. Nun, dieser Teil ist weggefallen. Aber ich halte nach wie vor an meinem Nichteintretensantrag fest.

Der Kommissionssprecher hat es gesagt: Auf der einen Seite debattiert der Nationalrat aktuell über die Initiative "200 Franken sind genug!"; mit dieser werden wir uns auch noch befassen. Auf der anderen Seite hat ja der Bundesrat das Heft in die Hand genommen. Er möchte als indirekten Gegenentwurf zur Initiative die Serafe-Gebühren gestaffelt kürzen, 2027 auf 312 Franken und 2029 auf 300 Franken. Das bedeutet, dass sich der ganze Topf, der zur Verfügung steht, ändern wird. Wir beschliessen heute Massnahmen, die in Zukunft aus diesem Topf finanziert werden. Aber wir wissen nicht, wie gross dieser Topf sein wird.

Ich finde, es wäre zielführender, wenn wir zuerst definitiv wissen, wie gross dieser Topf sein wird: Sind es 200 Franken pro Haushalt, oder wird der indirekte Gegenentwurf des Bundesrates umgesetzt? Es wäre besser, dass wir nachgelagert zur Debatte über die Konzession der SRG, die wir in den nächsten zwei Jahren zusätzlich noch führen werden, und im Wissen darum, wie gross der Topf sein wird, auch diese Themen debattieren, nämlich welche zusätzlichen Bereiche wir mit der RTVG-Abgabe noch unterstützen wollen. Ich finde es schade: Wir machen jetzt ein Gesetz, und vielleicht müssen wir es in einem oder zwei Jahren wieder abändern. Es gibt auch keine Planbarkeit für die Anbieter, sie wissen dann nicht, wie viel sie in den nächsten Jahren bekommen. Sie wissen gar nicht, wie gross der Betrag sein wird. Das finde ich nicht eine zielführende Politik. Deshalb beantrage ich Ihnen, heute nicht einzutreten, zuerst die Debatte rund um die Volksinitiative "200 Franken sind genug!" abzuwarten und dann die Debatte auch im Wissen darum zu führen, wie viel Geld über die RTV-Abgabe zur Verfügung stehen und wie die Konzession an die SRG aussehen wird.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen meine Minderheit Nichteintreten.

**Juillard Charles (M-E, JU):** Je ne vais pas reprendre tous les arguments, qui ont été très bien exprimés par le rapporteur de la commission, mais j'aimerais vous faire part d'un certain étonnement par rapport à la prise de position de la porte-parole de la minorité. Oui, il y a eu une votation populaire sur un projet de loi très complet. Oui, il y a eu des débats sur certains éléments de cette loi. Oui, nous avons tiré les enseignements de cette votation populaire avec les deux initiatives parlementaires que nous traitons aujourd'hui et auxquelles il faudrait encore ajouter une troisième, l'initiative parlementaire Bulliard 22.423 déposée au Conseil national, qui consistait en une aide indirecte à la presse et dont le projet correspondant a déjà été accepté. Aujourd'hui,



nous ne faisons que débattre d'éléments qui n'ont pas fait débat, qui n'étaient pas vraiment combattus lors de la votation populaire, même s'il est toujours délicat d'analyser après coup ce qui était le plus problématique lors d'une votation populaire, notamment quand elle a fait obstacle à une loi que le Parlement avait élaborée. Cependant, je crois que nous avons tiré ces enseignements, y compris sur la problématique du soutien aux médias électroniques. De l'avis même de la porte-parole de la minorité, cette question est réglée. Maintenant, quant à faire un parallèle avec les discussions actuelles, notamment au Conseil national, sur l'initiative "200 francs, ça suffit !", je relève que, dans le texte même de cette initiative, il est indiqué que l'aide aux médias électroniques, notamment aux radios locales et aux télévisions locales, devrait être maintenue au niveau nominal actuel. À quoi cela sert-il de vouloir attendre les résultats de cette votation aux Chambres fédérales, mais aussi peut-être devant la population, pour aller de l'avant avec ces deux initiatives parlementaires ? Je crois qu'il ne faut pas faire de lien avec tout cela. Vouloir faire un lien, c'est vouloir trouver un subterfuge pour essayer de ne rien faire en la matière. Je crois que le Parlement a exprimé la volonté claire d'aller de l'avant. Il y a aussi une attente d'un milieu professionnel qui vit des moments difficiles, par rapport à la diminution des recettes publicitaires et à la survie des différentes institutions, des différents titres. Je crois qu'aujourd'hui, il faut vraiment entrer en matière et soutenir les propositions de la majorité de la commission.

**Chassot Isabelle (M-E, FR):** Les arguments principaux à l'appui de l'entrée en matière sur la révision de la loi fédérale sur la radio et la télévision ont été rappelés par le rapporteur dans son rapport exhaustif, et je le remercie. Je n'y reviendrai pas et je limiterai dès lors mes propos dans l'entrée en matière à deux éléments : tout d'abord la genèse des deux initiatives parlementaires et ensuite le contenu des propositions et leur financement.

Commençons par la genèse des deux initiatives parlementaires. Il a été rappelé, et à juste titre, que ces deux initiatives parlementaires ont été déposées à la suite du rejet en votation populaire du 13 février 2022 du train de mesures en faveur des médias. Ce qui n'a pas été relevé, c'est que Philippe Bauer et moi-même n'étions pas du même avis. Nous ne défendions pas la même position dans la campagne qui a précédé la votation : Philippe Bauer s'était engagé pour son rejet et je défendais, quant à moi, son acceptation. Nous avons eu le plaisir de croiser le fer à l'une ou l'autre reprise dans ce cadre. Ce sur quoi nous sommes cependant tombés d'accord, le soir de l'annonce des résultats, c'est sur l'importance de pouvoir reprendre rapidement les éléments incontestés du train de mesures, afin d'assurer le mieux possible la diversité médiatique et l'offre d'une information de qualité, en particulier pour les médias plus petits dans les régions plus périphériques. Nous étions d'avis que les propositions devaient profiter à l'ensemble du paysage médiatique, que toutes devaient s'insérer dans la loi sur la radio et la télévision et éviter l'écueil d'un soutien direct. Ces critères fixés, Philippe Bauer a proposé, le 28 février 2022, une hausse de la quote-part de la redevance attribuée aux radios locales et

AB 2025 S 464 / BO 2025 E 464

aux télévisions régionales. J'ai pour ma part proposé, le 17 mars 2022, la reprise de trois des quatre mesures générales en faveur des médias. J'y reviendrai tout de suite.

Je me dois d'annoncer à ce stade mon lien d'intérêt : je suis en effet, depuis une année, membre du conseil d'administration de Radio Fribourg – Radio Freiburg. Je dois cette fonction, en quelque sorte, à l'initiative parlementaire déposée par Philippe Bauer, dont la jonction avec mon initiative a suscité l'attention du média régional. Les voies des médias sont elles aussi parfois impénétrables !

Je l'ai déjà mentionné : tant Philippe Bauer que moi-même nous sommes concentrés sur les points qui n'étaient pas contestés durant la campagne référendaire. Il s'agit, d'une part, de la hausse de 6 à 8 pour cent du produit de la redevance de radio-télévision attribuée aux radios locales et aux télévisions régionales avec mandat de prestation – c'est un élément essentiel aujourd'hui pour elles. D'autre part, mon initiative reprend trois des quatre mesures générales prévues à l'époque, le rapporteur l'a rappelé. Premièrement, le soutien à la formation et à la formation continue. Deuxièmement, un soutien aux agences indépendantes suisses qui garantissent, et je souhaite le souligner, une offre équivalente dans les régions linguistiques et qui renseignent 24 heures sur 24 les médias nationaux sur les événements se produisant en Suisse. C'est une prestation particulièrement importante pour les plus petits médias – radios locales, télévisions régionales –, mais également pour la presse écrite. Et, troisièmement, une aide financière au Conseil suisse de la presse qui, en tant qu'organisme d'autorégulation, apporte une contribution importante au débat sur la qualité des médias.

J'ai dit avoir repris trois des quatre mesures, notre collègue Esther Friedli l'a relevé, et je n'ai en effet pas repris celle instituant un soutien au développement d'infrastructures informatiques, ce qui était appelé l'aide



aux médias online, ayant entendu durant la campagne la critique des opposants au paquet, qui estimaient que cette mesure constituait une ingérence dans le modèle d'affaires. À noter qu'il s'agissait de la mesure de loin la plus coûteuse du paquet de mesures générales. Si je me permets d'insister sur ce point, c'est parce que j'estime infondée la critique qui nous est faite de ne pas respecter, avec nos deux initiatives et leur concrétisation par la commission, la volonté populaire.

J'ai lu avec attention l'analyse Vox de la votation sur le paquet médias. Cette analyse n'aborde pas en détail les différents éléments du paquet, et l'on n'y trouve donc pas de référence claire selon laquelle les mesures de promotion n'auraient pas fait l'objet de contestation à l'époque – c'est vrai. Néanmoins, la question qui a le plus polarisé les électeurs était celle de savoir si des subventions plus importantes rendaient les médias dépendants de l'Etat. Les votants et votantes en faveur du non ont indiqué le plus fréquemment que les groupes de médias recevaient trop d'argent, et le plus fréquemment en seconde place que l'argent des impôts ne devait pas être affecté aux médias. Sur ce point, nous pouvons retenir qu'il ne s'agit dans notre cas justement pas de fonds provenant des caisses de l'État ni de subventions directes aux groupes de médias. Ce qui est prévu en termes de financement, c'est un prélèvement sur la redevance de radio-télévision de 6 à 8 pour cent pour les radios locales et télévisions régionales, et de 1 pour cent pour le financement des trois mesures générales.

Pour mémoire, puisqu'il y a eu une discussion sur les conséquences éventuelles du résultat de l'initiative, nous parlons, pour l'ensemble des mesures, d'un montant supplémentaire maximal de 35 millions de francs sur un volume total actuel de 1,3 milliard de la redevance – 35 millions de francs. Encore une fois, le budget de la Confédération ne sera pas touché et encore moins péjoré par les propositions, bien au contraire : il sera même amélioré, puisqu'une mesure figurant jusqu'à maintenant sur le budget de l'OFCOM pour 1 million de francs serait financée à l'avenir par le biais du prélèvement de la redevance. Tant les arguments de fond, évoqués par le rapporteur de la commission et mes préopinants et sur lesquels je ne reviens pas, que les aspects financiers et la genèse du projet de loi parlent en faveur du projet de loi. Je me réjouis du soutien général exprimé par le Conseil fédéral.

Permettez-moi, en guise de conclusion, de remercier la commission pour son travail et pour l'accueil positif réservé à l'initiative parlementaire de notre ancien collègue Bauer et à la mienne. Je remercie la commission en particulier pour l'élaboration soigneuse des propositions soutenues dans la consultation par une grande majorité, notamment par les cantons.

Je vous invite dès lors à soutenir la majorité de la commission en entrant en matière et en appuyant ses propositions.

**Rösti Albert, Bundesrat:** Die parlamentarische Initiative Bauer verlangt eine Erhöhung des Anteils aus der Radio- und Fernsehgebühr für Veranstalter lokaler Radio- und regionaler Fernsehprogramme. Heute erhalten diese 4 bis 6 Prozent, künftig sollen es 6 bis 8 Prozent sein. Die parlamentarische Initiative Chassot will Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, Nachrichtenagenturen und auch Selbstregulierungsorganisationen stärker unterstützen; die Finanzierung soll über die Radio- und Fernsehgebühr erfolgen.

Die Mehrheit Ihrer Kommission unterstützt die beiden Anliegen, und auch der Bundesrat unterstützt diese beiden Initiativen und die entsprechenden Anträge, dies mit zwei Ausnahmen, auf welche ich in der Detailberatung zu sprechen kommen werde. Der Bundesrat hat stets die Wichtigkeit von unabhängigen und vielfältigen Medien hervorgehoben. Der von der Kommission beantragte Entwurf unterstützt die Anstrengung zum Erhalt der Medienvielfalt spezifisch und gezielt und fördert ein qualitatives Informationsangebot.

Die Initiative Bauer ist auch im Zusammenhang mit der Volksinitiative zur Reduktion der Fernsehgebühren auf 200 Franken zu sehen. Heute gelten ja Prozentsätze von 4 bis 6 Prozent. Wenn Sie der parlamentarischen Initiative Bauer zustimmen und damit 6 bis 8 Prozent ins Gesetz aufnehmen, dann heisst das auch beim bundesrätlichen Gegenentwurf zur Volksinitiative, der eine Senkung der Gebühr auf 300 Franken vorsieht, dass die lokalen Fernseh- und Radiostationen mindestens gleich viel wie heute erhalten würden. Es war ja auch die Absicht der Initianten der Volksinitiative, dass die regionalen Fernseh- und Radiostationen trotz der Senkung der Gebühr – sie wollen mit ihrem Entwurf natürlich tiefer gehen als der Bundesrat – weiterhin gleich viel erhalten. Von daher wäre das Anliegen der parlamentarischen Initiative Bauer sehr kongruent, auch zum Gegenentwurf des Bundesrates. Entsprechend unterstützt der Bundesrat die parlamentarische Initiative Bauer, wie er auch die parlamentarische Initiative Chassot unterstützt. Wie gesagt, werden wir nachher auf die Details zu sprechen kommen.

Ich bitte Sie, auf die Vorlagen einzutreten.

**Präsident (Caroni Andrea, Präsident):** Wir stimmen über den Antrag der Minderheit Friedli Esther auf Nicht-eintreten ab.





## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Sommersession 2025 • Vierte Sitzung • 05.06.25 • 08h15 • 22.407  
Conseil des Etats • Session d'été 2025 • Quatrième séance • 05.06.25 • 08h15 • 22.407



### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.407/7435)

Für Eintreten ... 30 Stimmen

Dagegen ... 6 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Präsident** (Caroni Andrea, Präsident): Die Detailberatung findet am Mittwoch der nächsten Woche statt.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen*

*Le débat sur cet objet est interrompu*

AB 2025 S 465 / BO 2025 E 465